

Express

Gemeinde Plaffeien erweitert Rundweg

SCHWARZSEE Um den Seerundgang in Schwarzsee zu erweitern, stellt die Gemeinde Plaffeien ein Rodungsgesuch. Wie diesem zu entnehmen ist, ist ein als schützenswert klassifizierter Lebensraum der Waldgesellschaft Reitgras-Grauerlenwald von der Rodung betroffen. Doch es sind Ersatzmassnahmen zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes geplant. Der Rundweg soll um ungefähr einen halben Kilometer verlängert werden (die FN berichteten). Statt dass die Spaziergänger auf der Strasse von Schwarzsee-Bad zum Camping gelangen, sollen sie künftig näher am See flanieren können. *jp/nas*

Route des Préalpes zwei Tage gesperrt

VILLARS-SUR-GLÂNE Wegen Strassenarbeiten ist die Route des Préalpes in Villars-sur-Glâne von morgen Donnerstag um 7 Uhr bis am Samstag um 6 Uhr zwischen dem Cormanon- und dem Coulat-Kreisel gesperrt, wie die Polizei mitteilt. Eine Umleitung ist signalisiert. *fg*

Vorschau

Projekte für Saaneufer ausgestellt

FREIBURG Die Stadt Freiburg will die Saaneufer beleben – dafür lancierte sie letztes Jahr einen Wettbewerb. Die realisierten Studien präsentiert die Stadt ab heute im Werkhof, wie sie mitteilt. Darunter ist auch das Gewinnerprojekt, das etwa eine Fussgängerpasserelle beim Le Port vorsieht (die FN berichteten). *nas*

Ausstellung im Werkhof Freiburg, Mi., 12. Sept., bis Do., 27. Sept. Mo. von 16 bis 18 Uhr, Di., Mi. und Do. von 11 bis 14 Uhr, Fr. von 17 bis 20 Uhr, Sa von 10 bis 14 Uhr. Am Do., 13. September, und sonntags ist die Ausstellung geschlossen.

Staatsrat prüft neue Sparmassnahmen

Die im Herbst 2013 beschlossenen Struktur- und Sparmassnahmen des Kantons haben sich bewährt, schreibt der Staatsrat als Antwort auf ein Postulat. Nach Erstellen des Budgets 2019 erwägt er aber neue Massnahmen.

Urs Haenni

FREIBURG «Die Struktur- und Sparmassnahmen haben insgesamt die erhoffte Wirkung gezeigt, ohne die Erwartungen zu übertreffen. Einige Massnahmen, insbesondere im Steuerbereich, haben sich stärker ausgewirkt als vorgesehen, andere hingegen haben nicht den Erwartungen entsprochen.»

Dieses Fazit zieht der Staatsrat fast fünf Jahre nach Beginn des Massnahmenprogramms zur Stabilisierung der Staatskasse. Dank dem Programm sei es möglich gewesen, die Vorgaben zum Haushaltsgleichgewicht über den Zeitraum 2014 bis 2016 einzuhalten. Auch die Staatsrechnung 2017 hätte ohne den ausserordentlichen Anstieg gewisser Einnahmen mit einem praktisch ausgeglichenen Resultat abgeschlossen.

Der Staatsrat zog dieses Fazit als direkte Antwort auf ein Postulat der Grossratsmitglieder Nadia Savary-Moser (FDP, Vesin) und Bruno Boschung (CVP, Wünnewil). Diese hatten in ihrem Vorstoss wissen wollen, ob die Sparziele eingehalten wurden oder ob die Erwartungen gar übertroffen wurden. Auch hatten sie gefragt, ob angesichts der ausgezeichneten Rechnungslage des Staates nicht gewisse Anpassungen an den dauerhaften Massnahmen möglich seien.

Kein Abweichen geplant

Der Staatsrat schreibt in seinem Bericht, dass ab 2014 131 Massnahmen umgesetzt wurden, von denen allerdings einige bis 2016 beschränkt waren und nun nicht mehr gelten. Dies gilt insbesondere für die Sparmassnahmen beim Staatspersonal, die 2017 aufgehoben wurden, sowie für gewisse Subventionen.



Gegen die Sparmassnahmen des Kantons gab es mehrere Demonstrationen, etwa 2015 (Bild) vor der Finanzdirektion.

Bild Aldo Ellena/a

Es sind mehrere parlamentarische Vorstösse zur Aufhebung bestimmter Massnahmen eingereicht worden. Der Grosse Rat hat diese jedoch stets abgelehnt, bis er 2018 mit der Senkung der Pauschalen für überbetriebliche Kurse erstmals eine dauerhafte Massnahme aufhob.

Der Staatsrat betont jedoch, dass er am Gesamtpaket festhalten will, unter anderem auch, um die Opfersymmetrie nicht zu untergraben. Die Finanzaussichten des Staates rechtfertigen gemäss der Regierung auch jetzt ein Festhalten an den dauerhaften Mass-

nahmen. Sie erwähnt mehrere aktuelle Projekte mit erheblichen finanziellen Auswirkungen wie die Sicherung der Pensionskasse.

Vorschläge nach Budget 2019

Der Staatsrat verweist weiter auf den Finanzplan 2018 bis 2021, der einen kumulierten Fehlbetrag von 629 Millionen Franken ausweist. Bisher habe man von zusätzlichen Massnahmen abgesehen, nun scheine es aber notwendig, eine gründliche Überprüfung der Situation vorzunehmen. So könnten einige Massnahmen reaktiviert werden, die bisher

ausgesetzt waren. Auch könnten Gespräche über mögliche neue Kostensenkungsmassnahmen nötig werden, schreibt der Staatsrat. Er werde diese Frage nach der Aufstellung des Voranschlags 2019 erörtern.

Die Überprüfung sei für die Aktualisierung des Legislaturfinanzplans geplant. Konkrete Vorschläge würde der Staatsrat dann mit der Botschaft zum Staatsvoranschlag 2020 veröffentlichen. «Es scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein, über mögliche neue Massnahmen zur Entlastung oder Stabilisierung des Haushalts nachzudenken», heisst es im Bericht.

Zahlen und Fakten

Um 415 Millionen Franken entlastet

Die 131 Struktur- und Sparmassnahmen haben für den Kanton von 2014 bis 2016 eine Entlastung der Staatsfinanzen von 415 Millionen Franken zur Folge gehabt: 112 Millionen 2014, 138 Millionen 2015 und 165 Millionen 2016. In derselben Zeit wurden die Gemeinden dank 32 Massnahmen um 30 Millionen Franken entlastet. *uh*



Jean-Claude Goldschmid

Leitartikel

Ernährungssouveränität und Fair-Food: Hehre Absichten, aber wohl kaum umsetzbar

Am 23. September gelangen zwei Volksinitiativen zur Abstimmung, die thematisch auf den ersten Blick sehr ähnlich sind, sich bei genauerem Hinsehen in ihrem Fokus aber doch deutlich voneinander unterscheiden: die Fair-Food-Initiative und die Ernährungssouveränitäts-Initiative.

Zwei verschiedene Ansätze

Die Fair-Food-Initiative der Grünen will den Staat verpflichten, die ökologischen und sozialen Anforderungen an die Herstellung und den Verkauf von Lebensmitteln stark zu erhöhen. Zusätzliche Produktionsvorschriften im In- und Ausland sollen sicherstellen, dass in der Schweiz nur noch Lebensmittel importiert und verkauft werden, die den Schweizer Standards entsprechen.

Die Ernährungssouveränitäts-Initiative der Bauerngewerkschaft Uniterre will die Landwirtschaftspolitik noch fundamentaler ändern. Der Staat soll über zusätzliche Vorschriften die kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern, die regional produziert und verkauft. Die Initiati-

ve sieht eine Reihe von Massnahmen vor, unter anderem Importverbote, höhere Zölle, zusätzliche Subventionen und mehr Angestellte in bäuerlichen Betrieben.

Klassischer Links-rechts-Graben

Es zeichnet sich ein klassischer Links-rechts-Graben ab. Von den grossen Parteien unterstützten sowohl auf nationaler als auch auf kantonaler Ebene lediglich die SP und die Grünen die beiden Initiativen. Die CVP, die FDP und die SVP lehnen sie ab. Bundesrat und Parlament empfehlen, beide Volksinitiativen abzulehnen. Der Schweizerische Bauernverband hat zu beiden Vorlagen Stimmfreigabe beschlossen.

Der Ausgang der beiden Abstimmungen scheint derzeit noch völlig offen. Die zweite Tamedia-Umfrage zum Thema ergab bei Fair-Food eine 55-prozentige Zustimmung, bei der Ernährungssouveränität einen Ja-Anteil von 53 Prozent. Das Ganze kann also noch auf die eine oder andere Seite kippen. Es wird erwartet, dass viele SVP-Wähler entgegen der Parole ihrer Partei doch Ja zur Ernährungssouveränität – und infolgedes-

sen vielleicht auch zu Fair-Food – sagen könnten, da ihnen der Gedanke des Grenzschutzes doch zusagt, obwohl Uniterre bei der Partei als Ganzes wohl kaum Sympathien gewinnt.

Transparenz oder Planwirtschaft?

Die Befürworter beider Initiativen haben hehre Absichten. Das Fair-Food-Komitee warnt vor Klimawandel und Umweltzerstörung, fordert artgerechte Tierhaltung statt «Lebensmittel aus tierquälerischer Produktion» und will sowohl bei der inländischen Produktion als auch bei den Importen Qualität, Nachhaltigkeit sowie Produkte aus fairem Handel und bäuerlichen Familienbetrieben fördern. Die Hauptanliegen der Befürworter der Ernährungssouveränität sind eine vielfältige und gentechnikfreie Landwirtschaft, faire Preise, mehr Transparenz und ein gerechterer internationaler Handel.

Die Gegner halten dem entgegen, dass eine Annahme der beiden Initiativen eine ganze Reihe von negativen Folgen nach sich ziehen würde: so etwa steigende Preise, weniger Auswahl, eine Bevormundung der Bürger, mehr Einkaufstourismus, einen

teuren Kontrollapparat im In- und Ausland sowie neue Handelshemmnisse. Die Fair-Food-Initiative führe zu einem «Bürokratiemonster», sie sei im Inland unnötig und im Ausland nicht umsetzbar. Die Ernährungssouveränitäts-Initiative wolle sogar «eine Art staatliche Planwirtschaft mit Preis- und Mengensteuerung». Beide Initiativen würden zudem internationales Handelsrecht verletzen.

Unnötiges Essdiktat

Auch wenn dies von den Befürwortern als Angstmacherei abgetan wird, ist die Gefahr steigender Preise und verminderter Wahlfreiheit der Konsumenten wohl tatsächlich gegeben. Die Schweizer bezahlen im Schnitt schon heute 70 Prozent mehr für ihre Lebensmittel als in der EU. Werden die Vorstellungen der Initianten von einem konsequenten Höchststandard durchgesetzt, dann dürften die Preise noch weiter steigen.

Möglich ist auch, dass zahlreiche internationale Produkte hierzulande gar nicht mehr erhältlich wären. Denn für global ausgerichtete Hersteller dürfte es sich kaum lohnen, ihre gesamten Produktions-

methoden für den kleinen Schweizer Markt umzustellen. Dies würde sehr viele Produkte betreffen: von der Aprikose über die Fertiggpizza bis zu Salami oder Süssigkeiten. Rund 40 bis 50 Prozent aller Lebensmittel kommen gegenwärtig aus dem Ausland. Die Folgen wären gravierend: Nicht nur der Einkaufstourismus, sondern auch der Online-Handel würden massiv zunehmen.

Die Konsumenten sind mündige Bürger, die selbst entscheiden können, was auf ihre Teller kommt, wo sie ihre Lebensmittel einkaufen und ob sie Bio-Produkte wollen oder nicht – wobei Letzteres für viele Haushalte mit bescheidenem Einkommen auch eine finanzielle Frage ist. Auf alle Fälle braucht niemand ein staatliches Essdiktat. Die bereits bestehenden Produktlabels schaffen Orientierung und gewährleisten die Wahlfreiheit.

Kurz: Die beiden Initiativen, die den Stimmbürgern am 23. September vorgelegt werden, gehen zu weit. Sie würden die Schweiz und ihre Landwirtschaft in eine grosse Ungewissheit stürzen, die mittel- und langfristige sehr schädlich wäre.